

Scherbenhaufen



Jörg Niemeyer
über den Landessportbund

Die beabsichtigte Struktur- und Satzungsreform des Landessportbunds Bremen (LSB) führt den Verband in seine größte Krise seit 2013, als Dieter Stumpe das Präsidentenamt des damals umstrittenen LSB-Chefs Peter Zenner übernahm. Nun geht es dem amtierenden Präsidenten Andreas Vroom mit der Umsetzung der Reform nicht schnell genug.

Doch nicht die zeitaufwendige Umsetzung ist das Problem, sondern die inhaltliche Ausgestaltung der Reform. Weil sie im Detail offensichtlich noch nicht ausgereift ist, um die Delegierten beim Landessporttag über sie abstimmen zu lassen, muss nachgearbeitet werden. Das ist richtig so, denn von der Reform sind viele Personen betroffen, die hauptamtlich Tätigen beim LSB sogar in ihrer Berufsausübung.

Die Reformbestrebungen haben Zeit und Energie gekostet und den Verband gespalten. Ob die Zwischenergebnisse einen Wert haben, ist mit dem angekündigten Rückzug der LSB-Präsidiumsspitze ungewiss. Der LSB steht vor einem Scherbenhaufen, den ein neuer Präsident erst einmal zusammenfegen muss.

Bericht Seite 27
joerg.niemeyer@weser-kurier.de

Ein Glücksfall



Jürgen Hinrichs
über den Wirtschaftsminister

Robert Habeck ist der große Kommunikator in der Regierung. Er schafft es, mit einfachen Worten komplexe Zusammenhänge zu erklären. Anders als Kanzler Scholz schwurbelt der Wirtschaftsminister nicht herum, sondern zielt auf den Kern, selbst wenn er hart und unbequem ist. Gleichzeitig überzieht er nicht, wie seine Parteikollegin Annalena Baerbock es kürzlich getan hat, als sie angesichts der Energieknappheit von drohenden Volksaufständen sprach.

Habeck macht es also gut, aber selbst die beste Leistung kann ihn nicht davor bewahren, Unmut und Aggressionen zu erzeugen. Der Grund sind die Nachrichten, die er verkünden muss: Krieg, Klima, Knappheit – das löst bei den Menschen Ängste aus. Wie so oft werden sie auf den Überbringer der Botschaft projiziert, er ist es dann, der gescholten wird. Habeck weiß das natürlich, und er besitzt die Nerven, damit umzugehen. Der Minister ist ein Glücksfall für die Republik, ein Politiker neuen Typs, dem man nur wünschen kann, so natürlich zu bleiben und sich nicht verbiegen zu lassen.

Bericht Seite 17
juergen.hinrichs@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinststraße 43, 28195 Bremen
Chefredakteurin: Silke Hellwig
Mitglied der Chefredaktion: Michael Brandt
Digitalchef: Bastian Angenendt-Eiserbeck
Art-Direktor: Franz Berding

Leiter Zentralredaktion und Politik: Markus Peters · **Chefreporter:** Jürgen Hinrichs, Jean-Julien Beer · **Bremen/Niedersachsen und Wirtschaft:** Michael Brandt, Mathias Sonnenberg (komm.)
Stadtteile: Antje Borstelmann · **Kultur:** Iris Hetscher
Sport: Mathias Sonnenberg · **Kommunal- und Landespolitik:** Jürgen Thämer · **OSTERHOLZER KREISBLATT:** Lars Fischer
DIE NORDDEUTSCHE: Björn Josten · **WÜNNME-ZEITUNG:** André Fesser · **SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU:** Berit Böhme*
ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land: Felix Gutschmidt*
DELMEHORSTER KURIER: Gerwin Möller*

Büro Hannover: Peter Mlodoch · **Büro Berlin:** Anja Maier · **Büro Brüssel:** Katrin Pribyl · **Büro Paris:** Birgit Holzer · **Büro London:** Susanne Ebner · **Büro Washington:** Thomas Spang

*Pressedienst Nord GmbH
Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 44,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 76.
Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen: Mo. bis Fr.: 9.30 bis 17 Uhr. Telefonisch Mo. bis Fr. von 6.30 bis 17 Uhr, Sa. von 7 bis 12 Uhr und So. von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
Online: weser-kurier.de/kundenservice sowie über die WK News-App

Redaktion:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21/36 71 66 55
Telefax: 04 21/36 71 42 21 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH



Kostas Koufogiorgos

Wenn Soldaten vor dem Einsatz flüchten



Benjamin Lassiwe
über Deserteure

Russland mobilisiert im Krieg gegen die Ukraine die Reserven. Alle Teile der Russischen Föderation sollen „Freiwillige“ für den Militäreinsatz stellen, der in russischer Lesart kein Krieg ist, berichtet das amerikanische Institut for the Study of War. Denn die Verluste des russischen Militärs sind beträchtlich. Doch auch auf der anderen Seite, in der Ukraine, scheint es nicht mehr so einfach, zu sein, Freiwillige für den Kampf gegen die russischen Invasoren zu finden. Vor Kurzem gab es den Versuch, Männern im wehrfähigen Alter das Verlassen ihrer Wohnorte zu untersagen – erst nach Protesten kassierte Präsident Wolodymyr Selenskyj diese Regel wieder.

Das macht auf eine Frage aufmerksam, die im Zusammenhang mit dem russischen Überfall auf die Ukraine bislang selten gestellt wurde: Wie geht man mit Menschen um, die aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe verweigern? Erhalten sie in Deutschland Asyl, wenn sie es bis an die Grenzen schaffen? Werden sie als Flüchtlinge anerkannt – oder müssen sie zurück in ihre Heimatländer und im Zweifel an die Front? Folgt man den Angaben der Menschenrechtsorganisation „Connection“, die seit Jahrzehnten Kriegsdienstverweigerer aus aller Welt betreut, haben Zehntausende

junge Männer mittlerweile Russland verlassen, weil sie fürchten, eines Tages einberufen und an die Front geschickt zu werden. Ebenso ist es mit Männern aus dem mit Russland verbündeten Belarus. Auch sie fürchten ein militärisches Eingreifen des Lukaschenko-Regimes im südlichen Nachbarland. Und auch aus der Ukraine seien gut tausend wehrfähige Männer ins benachbarte Moldau geflohen, um nicht an die Front zu müssen. Das in Deutschland geltende Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ist in der Ukraine lediglich Angehörigen weniger, kleiner christlicher Kirchen vorbehalten. Seit den ers-

Der Kriegsfall in Osteuropa ist auch ein Ernstfall für die Wertegemeinschaft Europas.

ten Kriegstagen ist es männlichen Ukrainern verboten, ohne Genehmigung ihr Land zu verlassen. Im Mai und Juni sollen nach Angaben von „Connection“ auch Kriegsdienstverweigerer zu Haftstrafen verurteilt worden sein.

Es ist deswegen richtig und wichtig, dass Menschenrechtsorganisationen fordern, Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern aus Russland, aus Belarus und der Ukraine in Europa Asyl zu gewähren. Denn so richtig, wichtig und dringend notwendig es ist, die Ukraine in ihrem Freiheits- und Überlebenskampf mit schweren Waffen zu versorgen, so

peinlich das Scheitern der Bundesregierung in dieser Frage ist – so sehr gehört es zu den Grundwerten der EU, dass niemand gegen seinen Willen zum Dienst an der Waffe gezwungen werden darf.

1987 hatte die Vollversammlung der Vereinten Nationen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als allgemeines Menschenrecht anerkannt. 2011 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte geurteilt, dass Menschen, die sich weigern, an einem völkerrechtswidrigen Krieg teilzunehmen und deswegen nach Europa fliehen, als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention gelten. Freilich gilt das bislang nur für Flüchtlinge, die bereits zur Armee eingezogen wurden. Wer sein Land verlässt, um einer Einberufung zu entgehen, dürfte schlechte Karten haben.

Das sollte nicht sein. Der Kriegsfall in Osteuropa ist auch ein Ernstfall für die Wertegemeinschaft Europas. Und die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen sollte als Fluchtgrund von Menschen, die nach Deutschland und die übrigen Staaten der Europäischen Union fliehen, bedingungslos anerkannt werden – unabhängig davon, auf welcher Seite des Konflikts ihnen ein Einsatz an der Waffe droht. Denn jeder Russe, der nicht an die Front im Donbass geschickt werden kann, trägt ein bisschen dazu bei, den Krieg zu beenden – und auch der Ukraine hilft es nicht, wenn auf ihrer Seite unmotivierte, da gegen ihren Willen in den Krieg geschickte Soldaten eher schlecht als recht gegen den russischen Aggressor kämpfen.

benjamin.lassiwe@weser-kurier.de



Russische und ukrainische, aber auch belarussische Männer flüchten vor dem Kriegsdienst.

FOTO: EVGENIJ MALOLETKA/DPA

Augsburger Allgemeine

über die Rezessionsgefahr: „Wenn auch die heimische Industrie massiv weniger russisches Gas bekommt und die Inflation nicht spürbar sinkt, braut sich eine gefährliche Gemengelage zusammen. (...) Es wäre ganz nach dem Geschmack Putins, wenn erneut eine Euro-Krise ausbricht. So weit muss es nicht kommen, wenn auch Länder wie Italien kapieren, dass in Ausnahmezeiten Geschlossenheit gegen den russischen Störenfried oberstes Gebot ist. Wer immer künftig in Rom regiert, muss sich seiner Verantwortung über das Land hinaus bewusst sein und auf solide Finanzen setzen. Wenn die Mächtigen aber Klientel-Politik betreiben und die Staatsausgaben wild in die Höhe treiben, gerät das zum Stresstest für die Euro-Gemeinschaft. Die Währungsunion ist zwar deutlich stabiler als vor zwölf Jahren, aber ein Kollaps Italiens (...) würde ihr massiv schaden.“

Märkische Oderzeitung

über den Tankrabbat: „Laut einer Studie wurde der Rabatt durchaus an Autofahrer weitergegeben. Eine gute Idee war er trotzdem nicht. Die drei Milliarden Euro teure Senkung traf erstens nicht gezielt diejenigen, die es am meisten brauchen. Zweitens ist sie nicht mit den umweltpolitischen Zielen der Bundesregierung vereinbar. Der Staat gibt viele Milliarden dafür aus, dass die Verkehrswende angesprochen wird. Ein Tankrabbat konterkariert diese Bestrebungen. So bitter es ist: Der Tankrabbat war aus sozialer, ökonomischer und umweltpolitischer Sicht das falsche Instrument. Das Geld hätte sinnvoller investiert werden müssen, um ärmere Haushalte zu unterstützen.“

Hannoversche Allg. Zeitung

über die Corona-Politik: „Deutschland droht wieder mit mangelnder Vorbereitung auf die nächste absehbare Corona-Welle in den Herbst zu gehen. Dabei wollte die Ampelkoalition doch alles anders, alles besser machen als die Vorgängerregierung. Stattdessen verkehrt sie sich in Verhandlungen zum Infektionsschutzgesetz. (...) Nun stehen Städte und Gemeinden, Pflegeheime sowie Schulen abermals vor der ungeklärten Frage, welche konkrete Strategie sie im Herbst und Winter schützen soll. Vorbereitung ist für Länder und Kommunen so kaum möglich. Genau wie im Jahr 2021. Und im Jahr 2020.“

Die Glocke

über ein soziales Pflichtjahr: „Dem Bundespräsidenten geht es (...) um eine soziale Komponente. Er sieht die Gefahr, dass die Gesellschaft zunehmend in verschiedene Milieus zerfällt, die keinerlei Berührungspunkte mehr haben. Eine Pflichtzeit kann dazu beitragen, die soziale Distanz zu überwinden, andere Lebensentwürfe kennenzulernen und Vorurteile abzubauen. Das muss für die Pflichtdienst-Leistenden keine ‚Last‘ sein, wie es die ablehnenden Reaktionen mancher Politiker suggerieren. Der Dienst an der Gemeinschaft könnte auch für sie gewinnbringend sein und (...) neue Perspektiven eröffnen. Gleichgültig, ob man nun eine soziale Pflichtzeit (...) einführt oder nicht, die Aufgabe, der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen, bleibt.“